



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Hendricks legt Wohngeld- und Mietenbericht vor

28.10.2015 Fachinformation

Auf Vorschlag von Bundesbauministerin Barbara Hendricks hat das Bundeskabinett heute den „Wohngeld- und Mietenbericht 2014“ beschlossen. Der Bericht bestätige die Notwendigkeit der Maßnahmen, die von der Bundesregierung in diesem Jahr auf den Weg gebracht wurden: Mietpreisbremse, Wohngelderhöhung, Verdopplung der Zuschüsse an die Länder zur Förderung des Wohnungsbaus. Nach dem Wohngeldgesetz hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre über die Durchführung des Wohngeldgesetzes und über die Entwicklung der Mieten zu berichten.

Der Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung des Wohngeldes und der Mieten für Wohnraum im Zeitraum 2011 bis 2014. Im Ergebnis zeige es deutliche Mietsteigerungen in deutschen Groß- und Universitätsstädten. Bundesbauministerin Barbara Hendricks dazu: „Mit der Wohngeldreform 2016 und der Mietpreisbremse haben wir bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Menschen direkt zu helfen und die Mietpreissteigerungen zu dämpfen. Ab dem kommenden Jahr stehen den Bundesländern außerdem doppelt so viele Bundesmittel wie heute für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Damit reagieren wir auch auf den Zuzug von Flüchtlingen.“

Von der Wohngeldreform sollen ab 2016 beispielsweise rund 870.000 einkommensschwache Haushalte profitieren. Darunter seien rund 320.000 Haushalte, die durch die Reform neu oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld erhalten sollen. Von diesen werden rund 90.000 Haushalte von der Grundsicherung ins Wohngeld wechseln. Die Wohngeldausgaben von Bund und Ländern werden dadurch 2016 auf rund 1,5 Milliarden Euro steigen. Laut Hendricks entlaste die öffentliche Hand entlastet bereits heute über vier Millionen Haushalte direkt bei den Wohnkosten.

Wie der Bericht weiter zeige, konnten 2014 zwar mehr neue Wohnungen fertiggestellt werden. Trotzdem liege die Anzahl noch immer unter dem Bedarf. Das Bundesbauministerium strebe deshalb eine stärkere Förderung für den Wohnungsneubau vor.

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm hat sich aus Sicht des Bundesbauministeriums bewährt. Es konnte die energetische Sanierung von über 4 Millionen Wohnungen gefördert werden, wodurch sich seit 2006 acht Millionen Tonnen an Kohlendioxid einsparen ließen und jährlich über 300.000 Arbeitsplätze in Mittelstand und Handwerk gesichert oder geschaffen wurden.

Die Bruttokaltmiete betrug 2014 laut Bericht im Bundesdurchschnitt 7,10 Euro je Quadratmeter und Monat. Bei einer 70-Quadratmeter-Wohnung entspricht dies einer Bruttokaltmiete von knapp 500 Euro. Die warmen Nebenkosten betrugen 1,50 Euro je Quadratmeter und Monat.